

Das Kapital des Staates

Die US-Ökonomin Mariana Mazzucato stößt eine wichtige Debatte über die Innovationskraft des Staates und die Standortsicherung in der Krise an.

VON JOACHIM PAUL

„Ich wollte auch mal ein Buch mit dem Titel ‚Das Kapital‘ schreiben“, mit dieser launigen Bemerkung beginnt die italienischstämmige US-Ökonomin Mariana Mazzucato ihre Vorlesung im Rahmen des Grazer Universitätskolloquiums zu Ehren des österreichischen Großmeisters der Volkswirtschaft, Joseph Alois Schumpeter (1883 - 1950). Tatsächlich wurde eines der zwei Hauptwerke Mazzucatos, nämlich „The Entrepreneurial State: Debunking Public versus Private Sector Myths“ (2013) ein Jahr später in Deutschland als „Das Kapital des Staates“ aufgelegt. „Beide, Schumpeter und Marx, beschäftigten sich im Rahmen ihrer Lehren intensiv mit der Innovation, denn Innovation schafft konstante Ungleichheit“ führt Mazzucato aus. Während Marx allerdings Innovationen als Meilenstein auf dem Weg zur historisch zu überwindenden Konzentration des Kapitals betrachtete, vermaß Schumpeter insbesondere ihre wertschöpfende Kraft, die mittelbar die Grundlage der Hebung des allgemeinen Lebensstandards bilden konnten. Dabei richtet Mazzucato den Blick auf die angeblich unterschätzte und wiederzuentdeckende innovative Kraft staatlicher Institutionen. Die Ökonomin sieht in dieser aber keineswegs eine Alternative zu Forschung und Entwicklung der Privatwirtschaft, sondern

vielmehr eine notwendige Ergänzung zu Gunsten der Standortentwicklung und -sicherung. Insbesondere eine erfolgreiche strategische Wirtschaftsförderung mache staatliche Umverteilung möglich. Erst das Zahnrad, dann Füllhorn – ein Plädoyer für klassische Industriepolitik? Nein, denn die Ökonomin nimmt zielscharf das Handlungsfeld von Forschung und Innovation in den Blick.

Der Staat soll dort als Inkubator neuer Technologien und Ideen fungieren, wo die Privatwirtschaft abwinkt, weil ihre Marktauglichkeit zu vage ist, die Entwicklungszeit unüberschaubar und die aufbauende, schrittweise und deshalb besser planbare, d.h. inkrementelle Verbesserung der eigenen Produktpalette ad hoc aussichtsreicher erscheint.

In Deutschland entwickelten tüftelnde Studenten zu Beginn der 2000er zeitgleich mit „Facebook“ „Wer kennt wen?“ und „StudiVZ“ – zwei technisch ebenbürtige soziale Netzwerke, die aufgrund der Größe des deutschen Marktes Potential hatten. Sie gingen jedoch ein wie Primeln. Statt sie mittels Wagniskapital hin zum internationalen Markterfolg zu beflügeln, wurden sie eingemottet: Marktversagen. Ähnliches gilt für das am Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen entwickelte Format MP3.

Mariana Mazzucato lehrt seit 2017 als Professorin für Economics of Innovation and Public Value am University College London. Sie ist Gründerin und Direktorin des Institute for Innovation and Public Purpose (IIPP). Insbesondere ihre Werke „The Entrepreneurial State: Debunking Public vs. Private Sector Myths“ (Das Kapital des Staates), The Value of Everything: Making and Taking in the Global Economy (Wie kommt der Wert in die Welt? Von Schöpfen und Abschöpfen) und Mission Economy. A Moonshot Guide to Changing Capitalism (Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft) lösten intensive Debatten aus. Die amerikanische Ökonomin vertritt insbesondere die These, dass sich der Staat auf dem Handlungsfeld von Forschung und Innovation stärker engagieren müsse. Staatliches Engagement sei an dieser Stelle deutlich besser als sein Ruf, vielmehr stünden die daraus resultierenden volkswirtschaftlichen Erfolgsgeschichten zu Unrecht im Schatten der öffentlichen Debatte.

Apple und Sony machten dieses Verfahren zur Audiocodierung zur Grundlage ganzer Produktreihen, die später astronomische Umsätze bescherten.

Apples iPod verkaufte sich weltweit über 50 Millionen Mal, auch durch die Verknüpfung mit der US-Musikindustrie. Der Standort Deutschland hatte das Nachsehen. Der Staat, und das ist die Botschaft von „Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft“ (2021) solle sich politische Großziele („Missionen“) setzen und bei ihrer Erfüllung die langfristig entwickelten Kompetenzen staatlicher Institutionen nutzen oder neue schaffen, die diese mit Agilität verbinden. Der „Moonshot“ von 1969, die Landung auf dem Mond, das Großunternehmen der USA als Reaktion auf den erfolgreichen „Sputnik“-Launch der UdSSR sei ein glänzendes Vorbild. Im Zusammenspiel zwischen Administration, der Weltraumbehörde NASA und der 1958 gegründeten DARPA, der „Defense Advanced Research Projects Agency“, einer Innovationsagentur des US-Verteidigungsministeriums, gelang die schrittweise Umsetzung des Unternehmens, die auf der kreativen und innovativen Lösung einer nahezu unüberschaubaren Zahl von Einzelproblemen beruhte. Die DARPA war auf die Förderung von Ideen und Innovationen spezialisiert, stellte aus ihrem steuerfinanzierten Budget hauseigenes Wagniskapital bereit und konnte freihändig Experten hinzuziehen.

Die nötige haushalterische Beinfreiheit im Rahmen eines eigenen großen Budgets mit weniger Leitplanken gehörte zum Gründungskonzept. Ergebnis: aus dem durchschlagenden symbolpolitischen Erfolg von Apollo 11 und den Folgemissionen ergaben sich „Spill overs“ und „Spin offs“. Die angewendeten Innovationen mündeten in marktfähige Produkte, z.B. Turnschuhe, kratzfeste Linsen, LED-Lampen, Handstaubsauger, der Computermaus, künstlichen Gliedmaßen, Rettungsdecken aus Metafolie. Diese, vermarktet durch private Unternehmen, und das betont Mazzucato nur zu gerne, schufen später tausende Arbeitsplätze, im Prinzip „Staatsjobs“ – allerdings unter anderen Vorzeichen.

Gleiches gelte für die „Staatsprodukte“ iPhone oder iPod. Sie steckten voller Schlüsselinnovationen, die z.B. in der DARPA, den Forschungsabteilungen von US-Ministerien und dem Militär auf Grundlage auch externer Impulse entwickelt und finanziert worden seien. Unter den 13 wesentlichen: KI-Assistent „Siri“, Mikroprozessor und – Festplatte (alle DARPA). Die GPS-Ortung gehe auf die US-Navy zurück, auf das Verteidigungsministerium die Flüssigkristallanzeige. Aus der u.a. von der Bundesrepublik mit über 200 Millionen Euro jährlich finanzierten „Europäische Organisation für Kernforschung“ (CERN) stamme das Bedienelement „Clickwheel“ des iPod und die Computersprache HTML.

Braucht unser Land eine Mazzucato-Debatte? Ich meine ja. Zwar engagieren sich Bund und Länder auf dem Handlungsfeld Forschung und Entwicklung, Mazzucato stellt gerne die bereits 1948 gegründete „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW) hervor, deren Tochter KfW-Capital mittelbar über Fondsbeteiligungen Wagniskapital für innovative, technologieorientierte Wachstumsunternehmen „mit Deutschlandbezug“ zur Verfügung stellt. Auch das Fraunhofer-Institut, das sich der angewandten Forschung verschrieben hat, kann auf millionenschwere Zuschüsse aus deutschen Staatshaushalten bauen. Gerne rechnet Fraunhofer-Präsident Reimund Neugebauer vor, dass jeder staatliche Euro nach marktreifer Produktentwicklung einer im Hause entwickelten Innovation ein Vielfaches an Steuereuros generiert.

Die Auswirkungen der „Covid-19“-Krise, der Krieg in der Ukraine und die folgende Energiekrise haben die auch geopolitisch virulente Frage der Standortsicherung mit aller Macht auf die Agenda gesetzt. Mehr denn je ist klar: Der Abstieg eines Standortes und die einhergehenden Wohlstandsverluste ziehen schwerwiegende politische Implikationen nach sich. Ein Standort, der ökonomisch weiter in der ersten Liga spielen und technologisch souverän bleiben will, muss daher nicht nur inkrementelle, sondern auch disruptive Innovationen hervorbringen, also umwälzende Technologien, die alle anderen zuvor entwickelten über

Nacht obsolet machen. Schumpeter definierte diesen Prozess treffend als „schöpferische Zerstörung“.

Hier kommt die erst 2019 gegründete „Bundesagentur für Sprunginnovation“ (SprinD) ins Spiel, zurzeit fördern lediglich knapp 40 Mitarbeiter in Leipzig, vergleichsweise konservativ budgetiert vom Bundeswirtschaftsministerium, Technologien, die dieses Potential versprechen. Ein Projekt: das „Holodeck“, ein Raum in dem sich eine Vielzahl von Menschen virtuell treffen können, und zwar so, als seien sie leibhaftig anwesend. Was Sci-Fi-Klassikern entlehnt scheint, soll das technische Arsenal eines kleinen deutschen Unternehmens möglich machen.

SprinD-Präsident Rafael Laguna de la Vera, erklärter Anhänger Mazzucatos, spricht gerne vom „Tal des Todes“, in dem Innovationen fruchtlos eingehen, wenn sie keine Wagniskapitalgeber finden. Hier sei der Staat gefragt, und zwar mehr denn je. Denn gemessen an der DARPA, der Förderleistung des staatskapitalistischen China, das seine Spitzenuniversitäten „Söhne der nationalen Verteidigung“ nennt und dem Wagniskapital, das bereits US-Plattformen wie „Google“ oder „Amazon“ in die hauseigene Forschung fließen lassen, sind das alles „Peanuts“, vor allem, wenn man das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands zu Grunde legt. Tatsächlich trifft die US-Ökonomin einen Nerv. Die Standortdebatte, ob und wie sich der deutsche Staat auf dem Handlungsfeld Forschung und Innovation strukturell neu aufstellen und stärker engagieren sollte, ist ohnehin in vollem Gange. Die SprinD, die jüngste Antwort auf diese Frage, wird zeigen, ob mehr Schumpeter durch Mazzucato zu einer deutschen Erfolgsgeschichte wird.

Zum Autor:

Joachim Paul ist seit 2016 Mitglied des Landtags Rheinland-Pfalz. Dort setzt er sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Forschung und Innovation auseinander. Er initiierte 2021 ein Symposium der Desiderius-Erasmus-Stiftung in Rheinland-Pfalz, das sich den Werken und Ideen von Mariana Mazzucato und ihrer Rezeption widmete.